Alhambra

Zeitung & Programm April 2007

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich - oft mit Streß und Nerverei verbunden - tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, AKKU, ALSO-Plenum, Alternative Liste der C.v.O.-Uni, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Arbeitskreis Asyl, ASTA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Donna 45, Filmriß, Gruppe Links der C.v.O.-Uni, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Ini für offene Grenzen - gegen Abschiebung und Sondergesetze, Infoladen Metropole, Jazzclub Alluvium, Kampagne Mumia Abu Jamal Oldenburg, Lateinamerika-Gruppe, NaUnd e.V., Oldenburger Linke Liste (OLLI), Oldenburger Rechtshilfe, PDS - Linke Liste OL, Rosige Zeiten, SDAJ, Stachel, Wagenburg Blöder Butterpilz, zweiundvierzig, SchülerInnenbündnis Swimmy

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: K. Fischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhalt

G8-aktionsfahrplan 3
für oldenburg
npd-parteitag 4
das war wohl nix!
100 tage 6
und kein bleiberecht
1.mai - 8
schluss mit dem stress!
refresh the f-word 10
frauendemo in göttingen
kultür 15
crushourconcerts, filmriß

TAKE BACK THE NIGHT

Auch in diesem Jahr soll es am **30.April** wieder eine **FrauenLesbenTrans Demo** durch Oldenburgs Innenstadt geben !

19.30 Uhr
Alhambra
Hermannstr. 83

danach
Party!

FrauenLesbenTrans auf die Strasse
- jetzt erst recht !

Oldenburger Aktionsfahrplan zum **G8**

Stand: 23.3.07

Aktionen und so in Oldenburg:

10.April: Offenes Anti-G8-Treffen; 19.30 Uhr, Alhambra
13. April: Solidarite - Party mit offenener Bühne
17.April: Internationaler Aktionstag „Via Campesina“ - 10-18 Uhr Infostand zu G8, Lefferseck
Ausstellungseröffnung „Campesin@s, Bildnisse der Erde“, 20 Uhr, Uni-Hörsaalgebäude A14
19.April: Erdbär-Party - Soli für Anti-G8-Vorbereitung
23.April: Veranstaltung mit Sven Giegold im DGB-Haus
24.April: „Wellenbrecher“ - Sondersendung zum G8; 18.05 Uhr auf O1-Radio 106,5 MHz
1.Mai: **Revolutionäre 1.Mai-Demo**
17.-20. Mai: Oldenburger Bauwagenplatz macht anti G8 - Platzfest + Wagentage
18.-20.Mai: Fahrradkarawane zum G8 (Gr8chaoskaravaan) macht Station in Oldenburg - vielfältige Aktionen sind geplant
26.-29.Mai: No-Lager-Camp
28.Mai: Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen und Euromärsche kommen nach Oldenburg; **gemeinsame Großdemo**

und weiter dann:

z.B.:
28.Mai: Internationale Demonstration gegen den EU-Außenminister und ASEAN Gipfel im Vorfeld des G8 in Hamburg
31.Mai: Neubesiedlung der „Freien Heide“ (Bombodrom), Nordbrandenburg, Start der Karawane nach Heiligendamm
2.Juni: Großdemonstration in Rostock
3.Juni: Aktionstag Landwirtschaft
4.Juni: Aktionstag Migration, mit Demo in Rostock
5.Juni: Blockaden am Flughafen Rostock-Laage und rund um Heiligendamm
7.Juni: Sternmarsch nach Heiligendamm
6.-8. Juni: G8-Gipfel - das Treffen der Staats- und Regierungschefs der USA, Kanadas, Japans, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Deutschlands und Russlands - in Heiligendamm an der mecklenburgischen Ostseeküste

Offenes Anti-G8-Treffen Oldenburg: antig8ol@gmx.de
mehr Infos zu Mobilisierungen bundesweit: www.gipfelsoli.org, www.g8-2007.de

NPD - Landesparteitag

- das war wohl nix!

Eigentlich wollte die „Nationaldemokratische Partei Deutschland“ (NPD) ihren niedersächsischen Landesparteitag in Oldenburg stattfinden lassen. Die Nazis wollten das städtische Kulturzentrum „PFL“ anmieten und klagten sich durch sämtliche Instanzen. Nachdem sie damit gescheitert waren, suchten sie sich ein anderes Objekt. Doch auch in der städtischen „Weser Ems Halle“ hatten die Nazis kein Glück. Auch hier klagten sie sich durch sämtliche juristischen Instanzen. Am Samstag kündigte die NPD schließlich „Demonstrationen“ und „kleinere punktgenaue Aktionen“ an. Außerdem werde angekündigt, dass „der Parteitag trotz dem“ statt finden würde. Einen Ort für ihren Landesparteitag hatten sie aber noch immer nicht gefunden.

Keine Kneipe in Burhafe.
In ihrer Verzweiflung griffen die Nazis – nach Berichten der regionalen Presse - zu einem beliebten Mittel, wenn sie Veranstaltungen in öffentlichen Räumen stattfinden lassen wollen. Sie mieteten eine Kneipe in Burhafe an und gaben sich als Sozialdemokraten aus. Gegen 11 Uhr versammelten sich dann etwa 80 Nazis aus der „NPD“ und den so genannten „Freien Kameradschaften“ vor der Kneipe. Da viele der anwesenden Nazis im „Oldschool Outfit“, das heißt mit Springerstiefeln und Glatze, erschienen, glaubte der Wirt den Nazis nicht und verwehrte ihnen den Einlass. Christian Worch, ein Nazi aus dem Umfeld der „Freien Kameradschaften“ und die NPD-Niedersachsen, behauptet allerdings, dass der Wirt „wegen des Auftretens von Gegendemonstranten Panik bekommen habe und sich einfach eine Entschuldigung“ für die Presse überlegt hätte.
Während dessen sammelten sich nämlich etwa 50 AntifaschistInnen am Bahnhof von Burhafe und führten eine spontane Demonstration gegen den Landesparteitag durch. Sie wurden allerdings nach einigen hundert Metern von der Polizei angehalten.
Die Nazis fuhren während dessen in einem Auto-Convoi in die nur einige Kilometer entfernte ostfriesische Kleinstadt Wittmund. Dort standen sie nun, auf einem Tankstellenparkplatz und versuchten eine andere Räumlichkeit zu finden. Als auch dies scheiterte machten sich schließlich einige von ihnen auf den Weg nach Oldenburg.
„Keine Braunen Socken“ im PFL?!
Während dessen fand in Oldenburg eine städtische „Veranstaltung gegen Rechtsextremismus“ statt. Eröffnet wurde die Veranstaltung vom parteilosen Oberbürgermeister Schwandner, der vor etwa 30 OldenburgerInnen betonte, wie „schade es wäre“, dass die „NPD heute nicht da ist“, da diese eine ansonsten eine „Nachhilfestunde in Sachen Demokratie“ nehmen könnten.
Anwesend waren illustre Gäste, wie zum Beispiel der Präsident der Polizeidirektion Oldenburg / Ammerland Johann Kühme.

Gleichzeitig wiesen einige AntifaschistInnen, mit einer Ausstellung und Flugblättern, auf die anstehenden Verfahren gegen einige GegnerInnen der „NPD“ hin. Außerdem gab’s eine Chronologie der Naziangriffe und Aktionen der letzten Jahre. Aber auch der Oberbürgermeister wurde kritisiert: Dieser würde die NPD durch seine Einladung aufwerten. Erst dadurch würden die menschenverachtenden Ideen für diskutabel gehalten werden. Anstatt mit ihnen zu reden, müssten die Nazis bekämpft werden.
Gegen 15.30 Uhr tauchten dann etwa 20 Nazis vor dem PFL auf. Unter ihnen waren unter anderem der NPD Vorsitzende Udo Voigt, die Parteivorstandsmitglieder Andreas Molau und Manfred Börm, der

Vorsitzende der niedersächsischen NPD Ulrich Eigenfeld, der Vorsitzende des Unterbezirks Oldenburg Michael Meyer und andere bekannte Mitglieder der NPD. Bereits vorher hatten sie mehrere Späher vorbei geschickt. Als diese „grünes Licht“ gaben tauchten die Nazis – die in einer

Seitenstraße gewartet hatten – auf und verlangten Einlass in's PFL. Es ist einzig und allein der Aufmerksamkeit einiger autonomer AntifaschistInnen sowie einzelner Oldenburger BürgerInnen zu verdanken, dass den Nazis der Einlass verwehrt wurde. Stadt und Polizei hatten nämlich lediglich vier – sichtlich überfor-

derte – Mitarbeiter des „Ordnungsamts" abgestellt.
Diese suchten die Diskussion mit Manfred Börn, der bereits in den 70er Jahren in der terroristischen Organisation „Wehrsportgruppe Wehrwolf" mitmischte und unter anderem am Überfall auf das Nato-Lager Bergen-Hohne beteiligt gewesen war. Heute ist er Leiter eines Ordnertrupp, der bundesweit NPD-Parteiveranstaltungen und Aufmärsche

absichern soll. Häufiger gingen von diesen Personen Übergriffe auf GegendemonstrantInnen und Journalisten aus, die auch zu Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung führten. Wären die autonomen AntifaschistInnen nicht vor Ort gewesen, hätte es also schlimme Szenen im PFL geben können. Erst als nach etwa 10 Minuten einige Polizisten erschienen, gaben die Mitglieder der NPD auf und kündigten einen „Spontan"-Aufmarsch in der Innenstadt an.

Kein Aufmarsch in der Innenstadt. Vom PFL begaben sich die Nazis in die Innenstadt und versammelten sich am „Leffers-Eck" um ihren Aufmarsch durchzuführen. Als Ulrich Eigenfeld die erste Rede hielt, wurde er von Polizeibeamten gestoppt. Michael Meyer, der ironischerweise der bei demnächst stattfindenden Prozessen als Zeuge (der Anklage) gegen einige AntifaschistInnen aussagen wird – griff daraufhin einige Polizisten an. Die Polizei betrachtete die Kundgebung der Nazis daraufhin als „Landfriedensbruch" und beendete sie.
Etwa einhundert AntifaschistInnen, aber auch viele Jugendliche und andere BürgerInnen, protestierten Spontan in der Innenstadt und „kesselten" Nazis und Polizei ein.

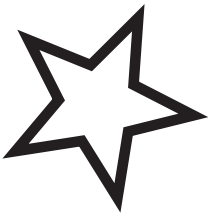
Da standen sie nun: Ein kleines Häufchen Nazis, dass von der Polizei abtransportiert wurde. Es war also kein guter Tag für die Nazis, aber ein guter Tag für alle, die keinen Naziparteitag in Oldenburg oder anderswo zulassen wollten.

Überhaupt kein Landesparteitag. Während die NPD behauptet, „brutal angegriffen" worden zu sein, spricht die ultra-konservative „Nord West Zeitung" von „NPD Krawallen" in Oldenburg. Natürlich entsprechen beide Sichtweisen nicht der Realität. Allerdings ermittelt die Polizei gegen alle Teilnehmer des NPD-Aufmarschs wegen Landfriedensbruch und des Zeigens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen: Einige Nazis sollen nämlich den Hitler-Gruß gezeigt haben.
Fakt ist, dass nur durch das entschlossene Eingreifen einiger AntifaschistInnen den „NPD-Kadern" der Zutritt zum PFL verweigert wurde. Ob es ohne den lautstarken Widerstand gegen den Aufmarschversuch der NPD, allerdings überhaupt ein Eingreifen der Polizei gegeben hätte, darf – mit gutem Recht – bezweifelt werden. Schließlich sagte auch Polizeipräsident Kühme, dass er die Nazi-Kundgebung aufgrund des antifaschistischen Widerstands „schnell beenden" wollte, „um mögliche größere Krawalle zu verhindern".

Die NPD spricht im Übrigen von einer „Verhinderung des Landesparteitages der NPD Niedersachsen". Das Bedeutet, dass sich die Nazis in den nächsten Wochen wieder versammeln werden, um ihren „Landesparteitag" abzuhalten. Ob sie es allerdings noch einmal in Oldenburg

versuchen werden, ist zur Zeit nicht sicher. Sicher ist nur, dass die Nazis – in Oldenburg und anderswo – in die Öffentlichkeit drängen, um ihre menschenverachtenden Parolen zu verbreiten. Sicher ist aber auch, dass sich AntifaschistInnen diese Provokation – ob in Oldenburg oder anderswo – nicht gefallen lassen werden.

quelle: www.provinzkritik.blogsport.de



100 Tage und kein Bleiberecht

Andrea Naica-Loebell 12.03.2007
telepolis

Duldung ist ein Zustand umfassender Unsicherheit

Eine so genannte Duldung ist nichts anders als eine vorübergehende Aussetzung der Abschiebung – ein Zustand ständiger Unsicherheit und Angst. 180.000 Menschen leben in Deutschland in dieser Situation. Im Herbst letzten Jahres beschloss die Innenministerkonferenz ein Bleiberecht und die Große Koalition diskutiert seit Wochen über ein neues entsprechendes Gesetz.

Ende Februar machte ein bundesweiter Aktionstag darauf aufmerksam, dass nur sehr wenige Geduldete von dem neuen Bleiberecht profitieren. Eine Duldung ist die vorübergehende Aussetzung der Abschiebung (§60a AufenthG (1)), ein unzumutbarer Zustand für die Betroffenen, die aus unterschiedlichen Gründen faktisch nicht abgeschoben werden können, aber chronisch unter dem Damoklesschwert dieser Bedrohung leben müssen.
Der Staat macht ihnen den Alltag so schwierig wie nur möglich, sie sollen sich hier nicht eingewöhnen, sondern das Land verlassen. Bezeichnenderweise ist die Duldung mit einem roten Querbalken und der klaren Botschaft: „Kein Aufenthaltstitel! Der Inhaber ist ausreisepflichtig!“ versehen. Eigentlich sollte dieser Status immer nur vorübergehend gelten, weswegen Duldungen oft in kurzen Intervallen, maximal alle paar Monate verlängert werden müssen. Und dennoch bietet sie keine Sicherheit, denn auch wer sie gerade erneuert hat, kann plötzlich abgeschoben werden.

In München überreichte eine Delegation von Mitgliedern der Jugendliche ohne Grenzen und der Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und Migranten großformatige, leicht umgestaltete Duldungen für die Mitglieder des Bundestags der CSU und SPD. Foto: A.Naica-Loebell
Duldung ist ein Zustand umfassender Unsicherheit. Im ersten Jahr der Duldung ist die Arbeitsaufnahme grundsätzlich verboten, danach kann sie bislang in Einzelfällen normalerweise nur gestattet werden, wenn nachweislich kein Deutscher oder Ausländer mit Niederlassungserlaubnis sie haben will (vgl. Zugang zum Arbeitsmarkt – Ausgrenzung per Gesetz (2)).
Druck erzeugen, um die Geduldeten zur „freiwilligen Ausreise“ zu zwingen
Wer nach Einschätzung der Ausländerbehörde nicht genügend bei der Passbeschaffung mitgewirkt hat, dem wird die Arbeitserlaubnis wieder entzogen. Freie Wohnsitzwahl wird nicht gewährt, für viele gilt sogar die so genannte Residenzpflicht (3), die bedeutet, dass sie ihr Bundesland, oft sogar ihren Landkreis nicht verlassen dürfen. In Bayern sind Geduldete seit der Einführung des neuen Zuwanderungsgesetzes 2004 generell dazu verpflichtet, in Gemeinschaftsunterkünften, sprich Lagern, zu leben (vgl. Lagerpflicht (4)). Ein Anspruch auf einen Platz in einem Integrationskurs haben sie nicht, nur selten gelingt es ihnen, Deutschstunden zu bekommen.
Es wird durch unmenschliche Lebensumstände von den Behörden Druck erzeugt, um die Geduldeten zur „freiwilligen Ausreise“ zu zwingen – ein Begriff, der kürzlich zum Unwort des Jahres (5) gekürt wurde.
Auf der Pressekonferenz der Bleiberechtsplattform München erklärte der aus Nigeria stammende Flüchtling Uche Akpulu von der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migranten (6) lapidar:

> *Geduldete Flüchtlinge haben keine Lebensperspektive. Ein Geduldeter hat kein Leben.*

Zu Hause hat er als Projektmanager im Umweltbereich gearbeitet – nur allzu gerne würde sich hier um seinen eigenen Lebensunterhalt kümmern, endlich aus dem Lager rauskommen und mehr als 40 Euro Taschengeld im Monat in der Tasche haben. Aber er ist „erst“ seit 2003 in Deutschland und hat somit überhaupt keine Chance, unter das neue Bleiberecht zu fallen.

Eigentlich sind sich schon länger alle einig, dass die Duldung nur ein kurz befristeter Status sein dürfte, seit Jahren verspricht die Politik, die über Jahre andauernden Kettenduldungen abzuschaffen. Nicht zuletzt, weil immer wieder Fälle von Familien mit langer Aufenthaltsdauer und in Deutschland geborenen Kindern Schlagzeilen produzierten, vor allem diejenigen, die sich ins Kirchenasyl flüchteten (7) .

Stichtagsregelung

Diese Härtefälle und die Anprangerung des unmenschlichen Umgangs mit Geduldeten durch Flüchtlingsverbände und die Kirchen brachten die Innenminister der Länder im Herbst vergangenen Jahres dazu, eine Bleiberechtsregelung zu verabschieden (vgl. Streit ums Bleiberecht (8)). Sie führten die Stichtagsregelung ein: Familien, die am 17.11.2006 bereits seit sechs Jahren, oder Einzelpersonen, die acht oder mehr Jahre in Deutschland lebten, können ein Bleiberecht erhalten, wenn sie Arbeit finden, bzw. ein Einkommen nachweisen, das den Lebensunterhalt dauerhaft sichert. Allerdings gibt es noch eine Fülle von zusätzlichen Bedingungen wie Deutschkenntnisse, ausreichenden Wohnraum, Passpflicht etc. (vgl. Bleiberechtsregelung der IMK (9). Die Flüchtlingsinitiativen kritisieren, dass die Stichtagsregelung den langjährig Geduldete keine Chance bietet, ins Bleiberecht hineinzuwachsen. Von den aktuell ca. 180.000 Geduldeten (10) erfüllen überhaupt nur 10 bis 15 Prozent die Voraussetzungen, um einen richtigen Aufenthaltstitel zu bekommen. Tobias Klaus vom Bleiberechtsbüro (11) betont, dass gerade die „besonders Schutzbedürftigen“ aufgrund der Aus-

schlusskriterien nicht unter das neue Bleiberecht fielen.
Faktisch ausgeschlossen sind unter anderem alte, kranke und behinderte Flüchtlinge. Es handle sich um einen „einmaligen Gnadenakt" des Staates, der keine humanitären Gesichtspunkte berücksichtige, sondern nur den „Nützlichen" einen Ausweg aus dem „Angstzustand der Kettenduldung" in Aussicht stelle. Gerade im Bereich der Ausländerpolitik kämen aus Populismus von den Politikern die absurdesten Vorschläge, die jede Menschlichkeit ausblenden würden, meint Tobias Klaus. Ein Beispiel dafür sei die aktuelle Debatte, ob man 14 bis 17Jährigen ein Bleiberecht gewähren solle, während ihre Eltern auf jeden Fall ausreisen müssten. Sie würden dann allein in der Bundesrepublik zurückbleiben.

> *Die Politiker müssen begreifen, dass Migration stattfindet. Wer an den Grenzen aufrüstet wird, nimmt in Kauf, dass dann mehr Menschen beim Versuch der Einreise sterben; und wenn die Bedingungen in Deutschland verschärft werden, leben letztlich mehr Menschen illegal im Land.*

Politisch gewollte Isolierung

In der Bundesrepublik leben nach Schätzungen bereits zwischen 500.000 und einer Million Illegalisierte (12). Ein Bleiberecht soll nur bekommen, wer wirtschaftlich und sozial integriert ist. Das Perfide daran ist die Tatsache, dass die Politik seit Jahren alles dafür getan hat, dass Geduldete sich nicht integrieren können. Zugang zum Arbeitsmarkt wurde ihnen weit gehend verweigert, ebenso Deutschkurse und sie sollten möglichst isoliert in Gemeinschaftsunterkünften leben. Ihre Isolierung war politisch gewollt. Deshalb wird es nur einem Bruchteil gelingen, jetzt die Auflagen für das Bleiberecht zu erfüllen. Außerdem gelten selbst geringe Straftaten wie mehrfaches Schwarzfahren, Verstöße gegen die Residenz- oder Passpflicht als Ausschlussgrund. Und wer in der Vergangenheit nicht bereit war, an der eigenen Abschiebung mitzuwirken oder sie sogar aktiv verhindert hat, bleibt auch außen vor.
Besonders unverständlich ist die Regelung, dass unbegleitete minderjährige Flüchtlinge wie Erwachsene behandelt werden. Sie fallen unter die Regelung für Alleinstehende und müssen seit mindestens acht Jahren in Deutschland sein, um ein Bleiberecht zu erhalten. Sie trifft auch die Auflage eines Arbeitsplatzes besonders hart. Schon jetzt haben sie faktisch keine Chance einen Ausbildungsplatz zu bekommen.
Ein normales Leben zum Geburtstag
Die Brüder Habib sind zusammen mit ihren Eltern vor fünf Jahren aus dem Irak geflohen. Die ganze Familie lebt zu fünft in einem kleinen Zimmer in einer Gemeinschaftsunterkunft. Der Vater ist Lehrer, die Mutter Rechtsanwältin, aber das interessiert in Deutschland niemanden. Amar ist gerade 17 Jahre alt geworden, aber er hat den Geburtstag nicht gefeiert – wo sollte er auch mit Freunden feiern? In der engen Unterbringung ist ja schon kein Platz zum Lernen, keine Ruhe, ständig nur Stress, zumal die Lagerleitung auch gerne mitten in der Nacht das Zimmer kontrolliert. In der Schule verrät er genauso wenig wie sein älterer Bruder Sinan, der gerade die Mittlere Reife macht, wo und wie er wohnt. Der Älteste der Brüder ist 20 Jahre alt und bekommt keine Ausbildung, „hängt nur rum", wie Sinan es formuliert, denn „niemand gibt dir einen Ausbildungsplatz, wenn du in eine paar Wochen vielleicht nicht mehr da bist."
Zweimal die Woche bekommt die Familie Essenspakete (13) ausgehändigt, außerdem gibt es pro Person 40 Euro Taschengeld, die die Jugendlichen für die Schulmaterialien und die Fahrkarten aufbrauchen. Alles, was sich Amar zum Geburtstag wünscht ist ein normales Leben. Die Vorstellung, dass seine Eltern unter dem Druck ihrer Realität hier zu Lande darüber nachdenken, doch in den Irak zurück zu kehren, macht ihm Angst. Mehrere Verwandte sind bereits ums Leben gekommen. Amar hätte gern „ein eigenes Zimmer, ein Leben wie alle anderen, nichts besonderes, nur ganz wie normale Jungens – und einen Platz für eine Geburtstagsfeier."
Für eine Mehrheit der Geduldeten wird es kein Aufenthaltsrecht geben, ganz im Gegenteil, es ist geplant, dass die meisten möglichst rasch abgeschoben werden sollen. Und zudem will die Regierung zu-sammen mit der Festschreibung eines Bleiberechts, das diesen Namen gar nicht verdient, das Ausländerrecht trotz Kritik am Gesetz-entwurf (14) drastisch verschärfen. Ausgren-zung und Perspektiv-losigkeit werden sich also fortsetzen, Lagerunterbringung, Abschiebungen, Arbeitsverbote und die Verletzung der Würde von Flüchtligen weiter zum deutschen Alltag gehören.

Links

(1) http://bundesrecht.juris.de/aufenthg_2004/__60a.html
(2) http://www.asyl.net/Magazin/7_8_2006b.html
(3)http://www.deutschland-lagerland.de/index.php?residenzpflicht
(4) http://www.deutschland-lagerland.de/index.php?lagerpflicht
(5) http://www.unwortdesjahres.org/
(6)http://www.carava.net
(7) http://www1.ndr.de/ndr_pages_std/0,2570,OID3024324,00.html
(8) http://www.heise.de/tp/r4/artikel/23/23983/1.html
(9) http://www.migrationsrecht.net/nachrichten-auslaenderrecht-politik-gesetzgebung/731-bleiberechtsregelung-beschlussvorschlag-wortlaut-innenministerkonferenz.html
(10) http://www.destatis.de/basis/d/bevoe/bevoetab9.php
(11) http://www.bleiberechtsbuero.de/
(12)http://www3.ndr.de/ndrtv_pages_std/0,3147,OID2762102_REF2462,00.html
(13)http://www.deutschland-lagerland.de/index.php?essenspakete
(14) http://www.proasyl.de/fileadmin/proasyl/fm_redakteure/Archiv/Stellungnahmen/Stellungnahme-AEnderungsgesetz-260207.pdf

unser ziel?
die klassenlose gesellschaft!

autonome 1.Mai-Demonstration
12 uhr | kaiserstr./hbf | oldenburg

Der Zustand der Welt ist weit davon entfernt paradiesisch zu sein. Ein Blick um dich herum oder in die Zeitung genügt, das zu bemerken. In den Ländern der sogenannten Dritten Welt verhungern täglich zehntausende Menschen. Weltweit leben drei Milliarden Menschen – die Hälfte der Menschheit – von weniger als anderthalb Dollar pro Tag. Die Anzahl der Menschen, die an chronischer Unterernährung leiden, nimmt weltweit wieder zu und umfasst etwa eine Milliarde. Der Global Health Watch Report (Weltgesundheitsbericht) 2005/2006 verzeichnet eine massive Zunahme von Armut und eine Verschlechterung des Gesundheitszustandes vieler Menschen in Asien, Afrika und Lateinamerika.
In Deutschland gibt es über eine Million Obdachlose, auch hier erfrieren Menschen auf der Straße. Menschen nehmen sich das Leben, weil ihnen eingeredet wird, ein Leben ohne Arbeit sei wertlos. MigrantInnen werden zu einem „Leben“ in Lagern oder der Illegalität gezwungen. Sogenannte Behinderte, chronisch Kranke und viele Alte werden aus dem sozialen Leben ausgeschlossen. Frauen, Kinder und Betreute sind der (sexualisierten) Gewalt ihrer Ehemänner, Väter, Onkel, Opas, „Sorgeberechtigten“ und „Betreuer“ ausgeliefert.
In dieser Weltordnung,

- die bei gleichzeitigem Überfluss in anderen Erdteilen und Gesellschaftsschichten täglich den Hungertod zehntausender Menschen verursacht,
- die die absolute Mehrheit der Menschen zwingt, sechzig und mehr Stunden in der Woche unter beschissensten Bedingungen für einen Hungerlohn zu arbeiten,
- in der Kriege mit unzähligen Toten an der Tagesordnung sind,

kann etwas nicht richtig laufen.
Mit dieser Erkenntnis rennt man überall offene Türen ein – darüber herrscht Konsens von der Linkspartei und den ihr nahe stehenden Kräften über Grüne und SPD bis hin zur CDU und der katholischen Kirche.
Wenn die Ursachen für diesen erbärmlichen Zustand der Menschheit benannt werden, ist es mit der Einigkeit schnell vorbei, spätestens bei der Entscheidung darüber, welche Schritte nötig sind, die globale Barbarei in einen tatsächlich menschenwürdigen Zustand zu verwandeln. An die Rechtfertigungen für den katastrophalen Zustand der Welt können wir nicht so recht glauben; Weder an die biologisch-angeborene Bösartigkeit des Menschen noch daran, dass “einfach nicht genug da ist, für ein gutes Leben für alle”. Nach Berechnungen der FAO (der UN-Organisation für Landwirtschaft und Ernährung) könnten nach heutigem Stand der Lebensmittelerzeugung zwölf Milliarden Menschen ernährt werden, wenn nicht der Zugang zu Nahrungsmitteln, Produktionsmitteln und Böden aus Profitgründen künstlich verknappt würde. Diese Zustände sind das folgerichtige Ergebnis der gesellschaftlichen, historisch entstandenen Verhältnisse, in denen die Menschen ihr Zusammenleben organisieren, von Kapitalismus, Patriarchat, Staat und Nation. Aus deren historischer Entstehung lässt sich folgern, dass den Menschen diese Verhältnisse weder von Gott, noch von einer vermeintlichen Natur oder den angeblichen Sachzwängen aufgehalst werden. Obwohl sie sich scheinbar durch den einzelnen Menschen nicht beeinflussen lassen, werden die Verhältnisse durch die Menschen selbst geformt und reproduziert. Damit verlieren die Verhältnisse ihren scheinbar ewigen, allgemeingültigen und allmächtigen Charakter. Die schlechten Zustände sind durch die Menschen auch wieder abschaffbar.
Weil wir uns mit dem, was uns in einer solchen Welt geboten wird, nicht zufrieden geben wollen, werden wir am 1. Mai in Oldenburg und zum G8 – Gipfel im Juni in Heiligendamm für einen Bruch mit der “alten Scheiße” (Marx) eintreten, deren elende Ergebnisse wir Tag für Tag, schon lange genug, miterleben müssen. Wir sind für eine Organisation der Gesellschaft, die auf die Bedürfnisse der Menschen und auf ihr Glück ausgerichtet ist. Und obwohl es mit den Aussichten auf eine tiefgreifende gesellschaftliche Veränderung gerade nicht zum Besten steht, sind wir mit der Absicht nicht allein, die Verhältnisse abzuschaffen, die das mögliche Glück des Menschen täglich in der Wirklichkeit zu widerlegen scheinen. Zum G8-Gipfel knüpfen wir an eine Protestbewegung an, der es 1999 gelang, den Gipfel der WTO (Welthandelsorganisation) in Seattle zu verhindern. An eine Protestbewegung, die immer wieder Hunderttausende mobilisieren kann gegen die ungerechte Weltordnung und die Gipfeltreffen, die ein Symbol für sie sind.
Wir glauben nicht, dass die Demokratisierung oder sogar Abschaffung der G8 schon eine Verwirklichung unserer Vorstellungen von einer lebenswerten Gesellschaft bedeuten würde. Wir gehen nicht davon aus, das aus der kapitalistischen internationalen Arbeitsteilung entstandene Elend durch ein Ende der G8 schon wesentlich verringern zu können. Aber da sich angesichts des G8-Gipfels wieder die Frage nach den Ursachen der ganzen Not stellt, verstehen wir die revolutionäre 1. Mai-Demonstration 2007 als Beitrag zu einer Anti-G8-Mobilisierung. Uns geht es nicht um eine menschenfreundlichere politische Regelung eines grundsätzlich menschenfeindlichen Systems, sondern klar und eindeutig um dessen Abschaffung. Gerade der sonst für emanzipatorische Forderungen zur möglichen Verwirklichungssinstanz erhobene bürgerliche Staat und die kapitalistische Gesellschaft sind es, die auf Gewalt beruhen und Gewalt ständig wieder hervorbringen. Nicht allein in der Vergangenheit bestanden die Grundlagen des Kapitalismus unter anderem darin, große Teile der Bevölkerung in die Fabrikdisziplin zu zwingen. Seine Ausbreitung war mit kolonialistischen Morden an Millionen von Menschen verbunden, deren Folgen noch heute in der Massenarmut der “Dritten Welt” spürbar sind. Das kapitalistische System geht für den Profit über Leichen. Das ist auch heute keine Phrase, sondern täglich erfahrbar. Gewalt ist notwendig in dieser Wirtschaftsweise angelegt und führt zu den fast schon alltäglichen Kriegen, die keine Betriebsunfälle sind. Kriege sind keine unerklärbaren Grausamkeiten, sondern ein in der Konkurrenz notwendiges und in

gewissem Sinn „vernünftiges“ Mittel zur Durchsetzung von Interessen.

Auch in Zeiten von Frieden und Demokratie herrscht im Kapitalismus Gewalt. Sie zwingt eineN dazu, zum Überleben die eigene Arbeitskraft zu verkaufen. Es herrscht der andauernde Zwang, sich selbst als Ware zu begreifen und sich an die Wünsche des Kapitals anzupassen. “Sich-mit-allen-Mitteln-durchsetzen-müssen” wird im Konkurrenzverhältnis zur notwendigen Strategie des bürgerlichen Subjekts.

Die im Verwertungszwang steckende Gewalt wird offensichtlich,

- wenn mit der in letzter Zeit vollzogenen Radikaliserung dieser Verhältnisse selbst der direkte Arbeitszwang in Form von Ein-Euro-Jobs zur gewöhnlichen Praxis wird,
- wenn Menschen, die nicht in den Produktionsprozess eingebunden und damit erwerbslos sind, noch nicht einmal mehr eine angemessene Wohnung (bei gleichzeitigem Leerstand) gegönnt wird,
- wenn die Polizei die aufs Korn nimmt, die aus der Armut heraus zu Ladendiebstählen genötigt werden,
- wenn MigrantInnen, die für den offiziellen Arbeitsmarkt unnütz sind, in die Illegalität – und damit in absolut entrechtete Arbeitsverhältnisse - gedrängt oder aus dem Land abgeschoben werden.

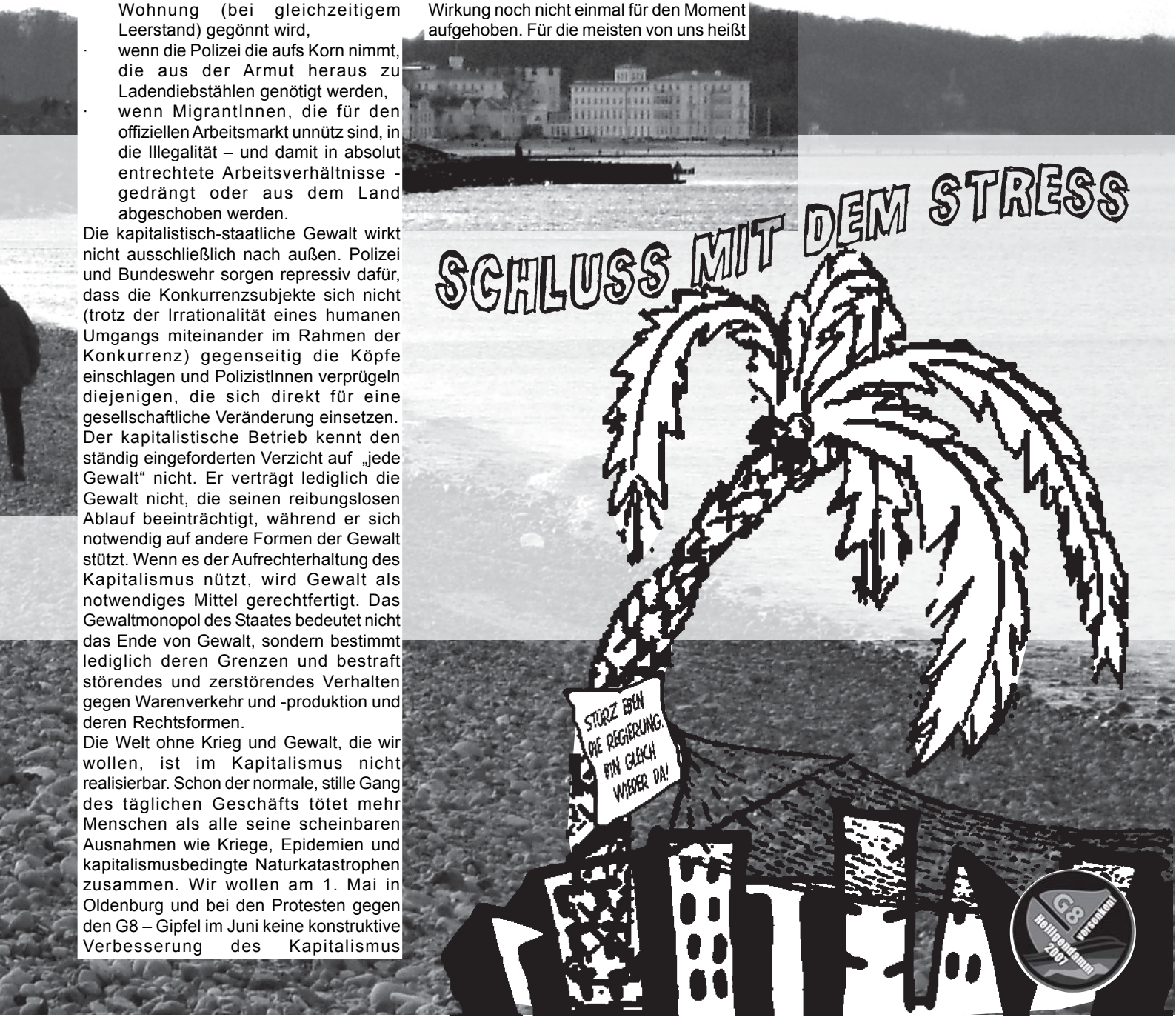
Die kapitalistisch-staatliche Gewalt wirkt nicht ausschließlich nach außen. Polizei und Bundeswehr sorgen repressiv dafür, dass die Konkurrenzsubjekte sich nicht (trotz der Irrationalität eines humanen Umgangs miteinander im Rahmen der Konkurrenz) gegenseitig die Köpfe einschlagen und PolizistInnen verprügeln diejenigen, die sich direkt für eine gesellschaftliche Veränderung einsetzen.

Der kapitalistische Betrieb kennt den ständig eingeforderten Verzicht auf „jede Gewalt“ nicht. Er verträgt lediglich die Gewalt nicht, die seinen reibungslosen Ablauf beeinträchtigt, während er sich notwendig auf andere Formen der Gewalt stützt. Wenn es der Aufrechterhaltung des Kapitalismus nützt, wird Gewalt als notwendiges Mittel gerechtfertigt. Das Gewaltmonopol des Staates bedeutet nicht das Ende von Gewalt, sondern bestimmt lediglich deren Grenzen und bestraft störendes und zerstörendes Verhalten gegen Warenverkehr und -produktion und deren Rechtsformen.

Die Welt ohne Krieg und Gewalt, die wir wollen, ist im Kapitalismus nicht realisierbar. Schon der normale, stille Gang des täglichen Geschäfts tötet mehr Menschen als alle seine scheinbaren Ausnahmen wie Kriege, Epidemien und kapitalismusbedingte Naturkatastrophen zusammen. Wir wollen am 1. Mai in Oldenburg und bei den Protesten gegen den G8 – Gipfel im Juni keine konstruktive Verbesserung des Kapitalismus einfordern. Sein Prinzip ist nicht, ein gutes Lebens für alle möglich zu machen, sondern die größtmögliche Verwertung des eingesetzten Kapitals. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Herkunft, Geschlecht und sexuelle Orientierung keine Rolle mehr spielen, in der es kein Oben und Unten mehr gibt, in der alle ein Dach über dem Kopf, genug zu essen und Zugang zu Bildung haben; eine Gesellschaft, in der es sowenig Arbeit wie nötig und soviel Luxus wie möglich gibt. Das wird sich in diesem System nicht verwirklichen lassen.

Das kapitalistische System versucht - ausgehend von den Produktionsverhältnissen - alle Bereiche unseres Lebens und Denkens zu bestimmen. Es wird nicht von einem Tag auf den anderen überwunden werden. Mehr noch: Es wird durch symbolische Proteste, wie sie der 1. Mai und die Aktionen gegen den G8 – Gipfel darstellen und die Ausdruck unserer Sehnsucht nach einem ganz anderen Leben sind, in seiner Wirkung noch nicht einmal für den Moment aufgehoben. Für die meisten von uns heißt es, schon am 2. Mai zu den Bedingungen des Kapitals weiterzuschuften, sich für diese Schufterei ausbilden zu lassen (in Schule, Betrieb, Universität). Der Kampf für ein besseres Leben kann sich nicht an einem Tag auf Symbolpolitik beschränken, sondern er muss da aufgenommen werden, wo sich das schlechte Leben Tag für Tag vollzieht und die Bedingungen für sein Weiterbestehen geschaffen werden: im Betrieb, in der Schule und der Familie, in der Freizeit nach dem Malochen. Wir treten für eine grundsätzliche Veränderung ein, die im eigenen Alltag ansetzt, die in jeden Teil des Lebens ein Glücksversprechen einsickern lässt. Denn die Verwirklichung unserer Träume liegt jenseits von Zweigeschlechtlichkeit, Zwangsfamilie, Schulpflicht, Lohnarbeit und Identifikation mit der Nation. Für uns heißt es am 1. Mai wie an allen anderen Tagen des Jahres aufs Ganze zu gehen.

Auf zur Autonomen 1. Mai – Demo! Den G8 – Gipfel zum Desaster machen!



refresh the F-word: FEMINISM

Egal ob es nun die Sozialistin Clara Zetkin war oder Arbeiterinnendemonstrationen in New York oder Russland, die den 8. März als Frauenkampftag begründeten: Für uns als radikale Feminist_innen stellt dieses Datum nach wie vor einen Bezugspunkt dar, in dessen Tradition wir unter anderem unsere Praxis verorten. (...)

< Das Patriarchat 2007

„Wir" sind nicht nur Kanzlerin sondern auch Fussballweltmeisterin, die EMMA wird 30 und der durchschnittsdeutsche Mann liest MensHealth, färbt sich die Haare und geht regelmäßig zur Maniküre. Es scheint also gut bestellt um die nationale Geschlechterordnung. Warum also all die Aufregung aus der feministischen Ecke?

< „Das Private"...

Die klassische bürgerliche Kleinfamilie mit dem Mann fürs Grobe und der Frau für Heim und Herd ist ein Auslaufmodell. Sie weicht stattdessen Patchwork-arrangements und Singlehaushalten, in denen viele Frauen gar nicht mehr das Gefühl haben von Ungleichheit betroffen zu sein. Es gibt mittlerweile die „Homoehe", welche gleichgeschlechtlichen Paaren, die sich dem heterosexuellen, staatlich geförderten Beziehungsmodell Ehe angleichen, immerhin einigen rechtlichen Schutz gewährleistet. Als Minimalerfolg ist das Urteil des BVG zu lesen, welches das faktisch bestehende Eheverbot für homosexuelle Transleute ausgesetzt hat. Grundsätzlich scheinen sich die Identitätsangebote und Lebenskonzepte für Menschen zu vervielfältigen. Eine größere Bandbreite gesellschaftlich anerkannter Geschlechterrollen steht zur Verfügung.
Trotzdem lösen sich verfestigte Geschlechterhierarchien nicht auf. So sind nach wie vor Frauen für die Kindererziehung und den Haushalt zuständig und die Zunahme häuslicher Gewalt gegen Frauen ist ein erschreckendes Beispiel für die bestehenden sexistischen Verhältnisse. Und auch die gefühlte Gleichberechtigung verschleiert die realen Zustände und schwächt feministische Forderungen.

< ... „das Öffentliche"

Ja, mittlerweile studieren mehr Frauen als Männer und schließen im Durchschnitt auch besser ab als ihre männlichen Komilitonen. Aber Nein, sie bekommen immer noch nicht das gleiche Geld für gleiche Arbeit, sie arbeiten immer noch sehr selten in den Chefetagen und ergreifen nach wie vor eher niedrig bezahlte Berufe im sozialen Bereich als eine Karriere als Managerin anzustreben. Auch jenseits der Universität funktionieren die Schließungsmechanismen entlang der Geschlechterachse einwandfrei. Und nein, das liegt immer noch nicht an den Genen, sondern nach wie vor an geschlechtsspezifischer Sozialisation, mangelnder Förderung und ökonomischen Strukturen, die Männer generell und vor allem den weißen, heterosexuellen Mann auf dem Arbeitsmarkt begünstigen. Zumindest die Darstellung einer eindeutigen Geschlechtsidentität ist auch heute noch unabdingbare Voraussetzung für die meisten beruflichen Tätigkeiten.
Wir gehen nicht davon aus, dass mit der paritätischen Besetzung aller wirtschaftlichen Schlüsselpositionen der Zenit des Feminismus erreicht wäre, trotzdem muss die finanzielle Situation von Frauen auch in die kapitalismuskritischste feministische Betrachtung einfließen. Die größten Leidtragenden sind dabei zum einen alleinerziehende Mütter und zum anderen alte Frauen, welche in Deutschland zu den ökonomisch ärmsten und am meisten benachteiligten Gruppen gehören. Ganz zu schweigen von Migrantinnen, deren Schul- und Universitätsabschlüsse in Deutschland häufig nicht anerkannt werden oder denen, vor allem wenn sie illegalisiert sind, nur Sexarbeit oder Putz- und Haushaltsjobs als ökonomische Alternativen bleiben.
Es wackelt jedoch auch die männliche

Sicherheit, sowohl den Job als auch das Geschlechterbild betreffend. Der klassische männliche Lebenslauf als gutverdienender Familienernährer wird zunehmend von prekären Beschäftigungsverhältnissen abgelöst. Als Antwort scheint sich eine Kompensation durch Krisenideologien zu etablieren. Den vermeintlich flexibilisierten Geschlechter- und Familienverhältnissen steht der Rückgriff auf traditionelle männerbündische Identitätskonzepte gegenüber. Vielleicht ist dies ein Erklärungsansatz für die wieder steigende Anzahl sexueller Übergriffe gegen Frauen und Gewalt gegen Transmenschen.

< ...und der Staat

Auch und gerade 2007 ist die Existenz autonomer Frauenhäuser eine absolute Notwendigkeit, um Frauen vor männlicher Gewalt, die ja vor allem im Familien- und Bekanntenkreis auftritt, zu schützen. Jüngste Entwicklungen wie das Gewaltschutzgesetz, mit dessen Hilfe dem Täter ein Hausverbot erteilt werden kann, sollten immer nur notwendige Ergänzungen, aber nie ein Ersatz für Frauenschutzräume sein. Die Ersetzung der weiblichen Frauenbeauftragen durch den männlichen Gleichstellungsverantwortlichen verdeutlichen die Absurdität aktueller offizieller Gleichberechtigungsbemühungen. Solche Maßnahmen finden im Rahmen der breiten Durchsetzung des Konzepts „gender mainstreaming“ auf allen institutionellen Ebenen statt. Dies ist von feministischer Seite kritisch zu sehen. Als top-down-Prozess ist nicht mit einer Sensibilisierung größerer Menschenmengen für Sexismus zu rechnen, zumal der Ansatz eher Wert darauf legt Frauen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern, als dass er grundsätzliche sexistische Zuschreibungen und Verhältnisse abschaffen will. Daher besteht eine der größten Herausforderungen für Feminist_innen 2007 darin, unverdrossen klassisch-feminstische Forderungen zu stellen und gleichzeitig auch das Fernziel, die Abschaffung der Zweigeschlechtlichkeit, in die politische Theorie und Praxis zu integrieren.

< Die zweigeschlechtliche Matrix und ihre Auswirkungen

Für eine emanzipatorische Veränderung der Gesellschaft ist die Analyse realpolitischer Phänomene allein nicht ausreichend; es bedarf ebenso einer Analyse der theoretischen Konstrukte, die dahinter stecken. Gesellschaftliches Rollback Trotz der Möglichkeit verschiedener Lebensentwürfe, lässt sich ein gesellschaftliches Rollback feststellen. Damit ist gemeint, dass in öffentlichen Diskursen, in der Politik und in den Medien, wieder verstärkt konservative geschlechtsspezifische Rollenzuschreibungen zu finden sind. Ein Beispiel für diese Entwicklung liefert Eva Hermann mit ihrem Buch das „Eva Prinzip“. Als geläuterte Karrierefrau, die Erlösung in ihrer Familie gefunden hat, propagiert sie, dass es unserer Gesellschaft besser gehen würde, wenn Männer und Frauen sich ihren jeweiligen Bereichen zuwenden würden und dort verblieben. Dieses gesellschaftliche Rollback beruht auf dem Prinzip der Zweigeschlechtlichkeit, welches davon ausgeht, dass es zwei und zwar ausschließlich zwei Geschlechter gibt. Beide Geschlechter scheinen biologisch begründbar und stehen sich wie Natur und Kultur gegensätzlich gegenüber. Kultur und dementsprechend Rationalität wird den Männern zugeordnet und Natur und Emotionalität den Frauen. Diese Codierung oder auch Festschreibung der Geschlechter entspricht einem Konzept, das mit tradierten Vorstellungen vom „schwachen“, bzw. „starken“ Geschlecht übereinstimmt. Allan und Barbara Pease veranschaulichen dies immer wieder aufs Neue in ihren pseudowissenschaftlichen Büchern, die erklären sollen, warum Frauen besser zuhören und Männer besser einparken können.

Geschlechtsspezifische Rollenzuschreibungen werden weiterhin gesellschaftlich tradiert und immer noch wird an zwei Geschlechtern festgehalten; entscheidend ist jedoch, dass es sich bei beidem um Kategorien handelt, die konstruiert werden und eine Realität erst schaffen. Denn Rollenzuschreibungen und Zweigeschlechtlichkeit funktionieren als Zwangsmechanismen, auch um den Ablauf und die Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft sicherzustellen.

< Wie Geschlechter ge-Macht werden…

Eben jene scheinbar natürlichen Tatsachen gilt es daher zu kritisieren und aufzubrechen. Denn die Biologie bestimmt nicht das Verhalten von Menschen. Und auch das, was gemeinhin als biologische Legitimierung von Geschlecht und Körper gesehen wird, gilt es zu hinterfragen. Die Hirnforschung beispielsweise arbeitet mit konstruierten Kategorien als Vorannahmen, die dann im Nachhinein die Natürlichkeit von Phänomenen belegen sollen. Wenn bereits im Vorhinein davon ausgegangen wird, dass es nur zwei verschiedene Arten von Gehirn gibt, ein männliches und ein weibliches, dann verwundert es nicht, wenn die Ergebnisse daraufhin interpretiert werden und letztendlich in das dichotome Muster eingeordnet werden. Dabei hat die Fähigkeit Einzuparken oder Zuzuhören nichts mit den Geschlechtsorganen zu tun! Beide sind das Ergebnis davon, dass Menschen ihre Geschlechtsidentität soziokulturell erwerben, indem ihnen zum Beispiel Eigenschaften zugeschrieben werden und sie diese annehmen. Und auch die Annahme, dass es überhaupt nur zwei Geschlechter gibt ist ein Konstrukt, das sich über Jahrhunderte entwickelt hat. Dies wirkt in einem strukturellen Verhältnis, in dem Menschen auch noch unterschiedlich privilegierte Plätze in der Gesellschaft zugewiesen werden. Sie stehen in einem hierarchischen Verhältnis zueinander, in

dem Frauen sich meist in weniger machtvollen Positionen als Männer befinden und außerdem Heterosexualität als Norm erhoben, Homo- und Bisexualität dagegen als widernatürlich stigmatisiert wird. Jenes Verhältnis wird jedoch selten als diskriminierend, sondern vielmehr als grundlegende Eigenschaft der Geschlechter verstanden. Individuen werden auf Grund der Annahme der Zweigeschlechtlichkeit nach einem starren Muster in zwei Kategorien eingeteilt. Diejenigen, die nicht in dieses Raster passen, werden zwanghaft eingeordnet. So wird beispielsweise ein Mensch, der mit uneindeutigen äußeren Geschlechtsmerkmalen geboren wurde, sein Leben lang durch Operationen und Hormongaben „vereindeutigt". Transmenschen können nur dann auf gesetzliche Anerkennung hoffen, wenn sie den Geschlechtswechsel komplett vollziehen.

Die Tatsache, dass Menschen zu unterschiedlich sind, als dass sie in die zweigeschlechtliche Matrix passen, widerlegt besagte Bi-Polarität. Sowohl bei geschlechtlichen Rollenzuschreibungen, wie auch bei der Zweigeschlechtlichkeit handelt es sich um sozial geschaffene Kategorien, die real wirkungsmächtig sind. Diese durchdringen jeden Menschen und sämtliche sozialen Beziehungen in bewussten und unbewussten Prozessen. Einerseits bin ich selbst vergeschlechtlicht, in der Art und Weise, wie ich mich kleide, mich verhalte und mich und Andere wahrnehme. Andererseits werde ich durch die Anderen gesehen und in deren Wahrnehmungs- und Zuschreibungsschemata verortet. Geschlecht wird also „gemacht" und hat somit prozesshaften Charakter. Deswegen wenden wir uns als Feminst_innen gegen starre Kategorisierungen und bekämpfen Hierarchien, Diskriminierungen und Sexismen. Trotz dieses Konstruktionscharakters müssen wir die Spielräume nutzen, die uns im Rahmen der zweigeschlechtlichen Matrix bleiben, und unser Geschlecht zumindest teilweise selbst definieren und gestalten, um soweit es geht selbstbestimmt zu leben.

Szenemeckerei oder das selbstreferentielle Dilemma

Es verwundert, dass die Linke sich so schwer damit tut, diese Spielräume zu nutzen. Zwar ist sie Teil dieses großen patriarchalen Zuschreibungsprozesses, dennoch bewegen wir uns in dieser Szene, um möglichst vielen Sexismen aus dem Weg zu gehen. Dieser Anspruch muss jedoch angesichts der innerlinken Zustände, aus denen wir agieren, eine Illusion bleiben. Obwohl das innerlinke Selbstverständnis häufig eine Anerkennung der Benachteiligung von Frauen beinhaltet und Linke um Reflexion des eigenen Handelns bemüht scheinen, setzt sich dies nicht in unmittelbare antipatriarchale Praxis um. So ist es als Feminist_in nicht immer angenehm, von Typen umgeben zu sein, die sich in vielerlei Hinsicht kaum von der Restbevölkerung unterscheiden. Auf Demos wird ganz gern mal homophob rumgeprollt, wie schwul Polizisten sind. Der Militanzfetisch wird nicht nur auf Plakaten exerziert. Rollentypisches Redeverhalten wird wie im Bilderbuch vorgeführt – möglichst laut, lang und mit vielen Fremdwörtern, die man den Abend vorher auswendig gelernt hat. Namedropping ist auch in der Linken sehr beliebt.

Während im indifferenten Gewusel von Subkultur und linker Szene die Anzahl von Männern und Frauen noch ausgewogen ist, wird es in politischen Gruppen ganz schnell ganz dünn mit der Frauenquote. Hier spiegelt sich das klassische Verständnis der Sphärentrennung: Männer machen Politik und Frauen kümmern sich um die Atmosphäre. In der Außenwirkung linker Politgruppen scheint es sich häufig um reine Männervereine zu handeln, die ihre Männlichkeit durch diverse Männlichkeitsrituale stärken. Ähnlichkeiten zu Fußballstadien sind bei mitunter alkoholisierten „Wir sind viele, wir sind krass, Antifa da geht noch was" und „Ja wat denn, ja wat denn" nicht von der Hand zu weisen. Das Bild vom coolen Antifa-Checker wird als Realsatire durch Fitness-Studio, Sturmfeuerzeuge und Karabiner-Haken komplettiert. Die Suche nach dem Unterschied zur hegemonialen Männlichkeit bleibt erfolglos. Außer – siehe da – einer kleinen mitunter vom Antifa-Checker belächelten Minderheit – dem hippen Typen mit Nagellack und Glitzerspängchen. Dies könnte Anlass zur feministischen Freude geben, böte es doch einen individuellen Beitrag zur Irritation der Geschlechtermatrix. Gerade in den mySpace-Musik-Kreisen ist ein Spielen mit Accessoires hin zu einer Irgendwie-Androgynität en vogue. Doch verbleibt dieses Spiel leider häufig auf der Modeebene. Der oberflächliche Queer-Hype kann sogar helfen, Herrschaftsverhältnisse zu verdecken, indem gar nicht erst der Versuch einer feministisch-queeren Alltagspraxis unternommen wird. Unter der vermeintlich hippenQueerness verbirgt sich dann ermüdende Männlichkeit und Weiblichkeit. Nichtsdestotrotz kann dieser Fashion-Trouble für private innerlinke Irritationen um Männlichkeit, Authentizität und Identitäten sorgen. Ob queer intendiert oder nicht könnte dies ein Feld sein, in dem sich feministisch agieren lässt. Viel auswegsloser scheint da der Tatbestand, dass viele Linke das Wort Heteronormativität buchstabieren können und einige von ihnen sogar erahnen, was dahinter steckt, daraus jedoch keinerlei Handlung erfolgt. Wir finden hier einen eklatanten Widerspruch von Theorie und Praxis vor. Man könnte vermuten, dass gerade die theoretische Auseinandersetzung um Heteronormativität dafür genutzt wird, das eigene Macker-Handeln als theoretisch geläutert zu legitimieren. Bestenfalls führt das zu einem vorsichtigeren oder subtileren Umgang mit Weiblichkeits- und Männlichkeitszuschreibungen, nicht jedoch zu einer praktischen Infragestellung von geschlechtlichen Kategorisierungen.

< What a feminst has to do…

Diese Ausführungen lassen wenig Hoffnung dafür, dass in der linken Szene die Inhalte des Feminismus angekommen sind oder gar gelebt werden. Wenn die Linke also der Raum ist, in dem wir agieren wollen, haben wir viel zu tun. Falls es überhaupt mal Zeiten gab, in denen feministische Ansichten anerkannt waren, so ist davon heute, außer einzelnen Frauenräumen, kaum noch etwas übrig. Der Kampf um feministische Anerkennung ist dementsprechend ein ausfüllendes Projekt. Die Analyse zeigt, dass weder eine gefühlsgeleitete queere Party-Outfit-Strategie greift, noch eine theoretische Intervention des Feminismus zum erwünschten Ergebnis führt. Es muss uns also darum gehen, dass sowohl feministische Theorie als auch Praxis in der Linken verankert werden. Wir müssen weiterhin dafür kämpfen, dass bestimmte Verhaltensweisen in der Linken nichts zu suchen haben. Angriffe auf eine vermeintlich spaßbefreite Political Correctness sind als regressive Akte, verschleierte Angriffe auf emanzipatorische Errungenschaften und Legitimierung von patriarchalen Handlungsstrukturen zurückzuweisen. Der irrigen Annahme einiger unverbesserlicher Linker, das Geschlechterverhältnis sei zwar ein kritisierenswertes Herrschaftsverhältnis, aber letztlich eben doch nur ein Nebenwiderspruch, muss ebenso entgegen getreten werden. Man bemühe sich also um eine differenzierte Analyse: Wir finden uns in einer Welt, in der der Mensch nach Marx ein geknechtetes Wesen ist. Eingebunden in den Kapitalprozess, in dem Individuen zum Anhängsel eines automatischen Prozesses werden, der nur nach Verwertbarkeit entscheidet, in der das höchste der Gefühle der höchste Mehrwert ist. In einer Gesellschaft, in der jeder Mensch sein Leben lang in eine Geschlechtskategorie gepresst wird, die jeglichen freiwilligen Selbstverständnisses entbehrt. In einer Gesellschaft, in der Menschen aufgrund ihrer ethnischen Zuordnung als minderwertig angesehen und in territorialen Grenzen verwaltet werden. In einer Gesellschaft, in der Menschen mit Behinderung und Kranke nur Ballast für den Produktions- und Reproduktionsprozess sind.

Als Feminist_innen finden wir das alles scheiße! Und wir erkennen, dass es keinen Sinn macht ein Unterdrückungsverhältnis gegen ein anderes auszuspielen! Nur durch die Analyse und Ablehnung all dieser strukturellen Verhältnisse, die verschiedene Menschen als nicht zugehörig zu einer privilegierten Gruppe erklären, kommen wir einer befreiten Gesellschaft ein Stück näher! Einer Gesellschaft, in der jeder Mensch in seinen Unterschieden leben kann.

refresh the F-word!

Gegen Kapitalismus und Patriarchat!

Für den Feminismus!

<ak gender>

Oldenburg - globale Stadt

Eine Veranstaltungsreihe mit internationalen Filmen -
präsentiert von bekannten EinwohnerInnen der Stadt

Filmriß

Oldenburg - globale Stadt

Mit dem Projekt „Oldenburg - globale Stadt“ sollen stadtbekannte Persönlichkeiten vorgestellt werden, die von der Herkunft aus einem anderen Land stammen. Verschiedenste Gründe haben dazu geführt, dass sie in Oldenburg ansässig geworden sind und heute ein Stück Stadtkultur repräsentieren, indem sie etwa an der Universität lehren, ein Museum oder ein Jugendkulturzentrum leiten, einen Lebensmittelladen oder ein Restaurant betreiben.

Drei EinwohnerInnen der Stadt Oldenburg haben sich jeweils einen Film ausgesucht, mit dem sie das Land ihrer Herkunft präsentieren wollen. Sie stellen sich selbst vor und führen in den Film ein. Nach der Vorführung besteht die Gelegenheit zu einem Gespräch mit dem Publikum. M. Fansa und P. Silva werden vor dem Film Dias aus Syrien bzw. Portugal zeigen und einige landeskundliche Informationen geben.

Oldenburg hat als regionales Zentrum im Nordwesten mit einer Universität von über 10 000 Studierenden eine kulturelle Vielfalt in der Herkunft vieler BürgerInnen der Stadt zu bieten, die im Alltag nahezu unbemerkt bleibt. Dadurch erscheint das Stadtbild eindimensionaler, als es in Wirklichkeit ist. Oldenburg ist längst auch eine „globale Stadt“ in dem Sinn, dass es schon seit langen Jahren hier lebende MitbürgerInnen gibt, die aus ganz unterschiedlichen Ländern und Kontinenten kommen.

Mit der Reihe „Oldenburg - globale Stadt“ wird eine populäre kulturelle Ausdrucksform - der Film - mit der Biografie und dem Erfahrungshorizont von OldenburgerInnen konfrontiert. Dadurch soll ein Wechselverhältnis hergestellt werden, das den Filminhalt aus den entfernten Regionen der Welt in die Situation hier am Ort trägt und im Gegenzug die konkrete porträtierte Person auf die Verhältnisse in den entfernten Regionen bezieht.

Unterschiedliche Formen der Wahrnehmung werden durch Filmbild, Gespräch, Geräusch und Musik angeregt, sich über tradierte Denkschemata hinwegzusetzen und sich auf neue Erfahrungen von Lokalem und Globalem, bzw. Vertrautem und Fremdem einzulassen.

Samstag,
12. Mai 2007
20.00 Uhr

Paulo Silva
präsentiert
Portugal

Paulo Silva ist in Portugals Hauptstadt Lissabon geboren. Mit zwölf Jahren kam er nach Dortmund. Seine Eltern mussten aus politischen Gründen auswandern. 1985 zog Paulo Silva nach Oldenburg. Er ist seit 1991 Leiter des Cadillac.

Film:
Erklärt Pereira
I/F/P 1995, 104 Min., Regie: Roberto Faenza
mit: M. Mastroianni, J. de Almeida, D. Auteuil u.a.

Pereira ist ein alter, unpolitischer Kulturredakteur der Stadtzeitung Lisboa in Lissabon im Jahre 1938.
Er beauftragt den jungen Künstler Rossi Nachrufe über wichtige kulturelle Persönlichkeiten zu schreiben, schon bevor diese gestorben sind. Es ist die Zeit des Faschismus und der Diktaturen in Europa: Hitler, Mussolini, Franco und in Portugal Salazar. Die Verfolgung und Ermordung jüdischer Bürger und politischer Gegner in der Öffentlichkeit werden immer offensichtlicher. Rossi und seine jüdische Freundin Marta werden zu willkürlich Verfolgten und für Pereira gilt es Farbe zu bekennen. M. Mastroianni in seiner letzten Rolle.

Veranstaltungstermine

Samstag, 28. April 2007, 20.00 Uhr
Dr. Mamoun Fansa präsentiert Syrien
vorweg: kurzer Diavortrag
Film:
Syrien - Altes Kulturland im Orient
D. 2002, 45 Min., Regie: Edy Klein

Freitag, 4. Mai 2007, 19.30 Uhr
Sheli Das präsentiert Indien
Film:
Rang de Basanti
(Die Farbe der Rebellion)
Indien 2006, 160 Min.
Regie: Rakeysg Omprakash Mehra

Samstag, 12. Mai 2007, 20.00 Uhr
Paulo Silva präsentiet Portugal
vorweg: kurzer Diavortrag
Film:
Erklärt Pereira
I/F/P 1995, 104 Min., Regie: Roberto Faenza
mit: M. Mastroianni, J. de Almeida, D. Auteuil u.a.

Ort:
Kulturzentrum PFL
Peterstraße 3
Oldenburg

Eintritt:
6 €, ermäßigt 4 €

ein Projekt von:
Filmriß

Kontakt: 0441 - 92 66 75 0

Samstag,
28. April 2007
20.00 Uhr

Dr. Mamoun Fansa
präsentiert
SYRIEN

Dr. Mamoun Fansa ist in Aleppo, Syrien geboren und lebt seit 1967 in der BRD. Er studierte „angewandte Malerei“ und Archäologie in Hannover. Nach einem Lehrauftrag an der Oldenburger Universität, leitet er seit 1995 das Museum für Natur und Mensch am Damm.

Film:
Syrien - Altes Kulturland im Orient
D 2002, 45 Min., Regie: Edy Klein

Ein faszinierendes Land: Syrien. Es ist das Herz einer Kulturregion zwischen dem Taurus-Gebirge und dem Roten Meer, zwischen dem Mittelmeer und dem Fluss Euphrat. Mesopotamier und Ägypter, Griechen und Perser, Phöniker, Römer und Byzantiner haben um Macht und Einfluss gestritten und bewundernswerte Spuren ihrer Anwesenheit hinterlassen. Und diese sind es vor allem, welche die wenigen Menschen, die heute Syrien bereisen, in den Bann schlagen.

Freitag,
4. Mai 2007
19.30 Uhr

Sheli Das
präsentiert
INDIEN

Sheli Das ist in Kalkutta, Indien geboren. Seit 1980 lebt sie in Oldenburg. Sie betrieb acht Jahre gemeinsam mit ihrem Mann das indische Restaurant „Himalaya“ in der Wallstraße. Sie ist Mitveranstalterin der Weltmusiknächte im Cadillac.

Film:
Rang de Basanti
(Die Farbe der Rebellion)
Indien 2006, 160 Min.
Regie: Rakeysg Omprakash Mehra

Die britische Filmemacherin Sue kommt nach Indien. Ihr Großvater hatte in der britischen Armee gedient, als Indien um Unabhängigkeit kämpfte. Sue will einen Kurzfilm über die indische Freiheitsbewegung machen. Was als munteres Jugendporträt beginnt, explodiert als offensive Kampfansage, die es filmisch in Indien so noch nicht gegeben hat.
Neben Superstar Aamir Khan ist vor allem die großartige Titelmusik des Bhangra-Virtuosen Daler Mehndi ein wahrer Höhepunkt des Bollywoodjahres 2006.
Oscar-Nominierung als bester fremdsprachiger Film.

crush hour concerts proudly presents:

mo.,23.04.2007, 21h

REVOLTESPRINGEN

präsentiert "KLEIN STATT LEBEN"
Eine poetische PöbelPopProvinzPosse.

Eine verdammt kleine Stadt, ein Kiosk, die Post, die Feuerwehr, Bürgermeisterin und Pastorin und direkt nebenan das älteeinerste Atomkraftwerk der Welt - die Touristenattraktion! Alles läuft so weit, so gut. Doch als das AKW eines Tages nach China exportiert wird, bricht der lokale Tourismus und mit ihr die kleinstädtische Idylle zusammen. Ohne die sicheren Einnahmen wachsen Angst und Ungewissheit. Neue Autoritäten entstehen, Auswege werden gesucht und unkonventionelle Pläne geschmiedet, die nur für Wenige der Beteiligten gut enden können.

Das Berliner Musik-Theaterkollektiv "Revolte Springen" erzählt mit groteskem Humor, direkten Worten und echtem Talent für Trash, eine absurde Geschichte über die aktuelle Zuspitzung der Verhältnisse und deren Auswirkung auf das menschliche Miteinander. Die Protagonist_innen werden in ihrer ganzen widersprüchlichen Zerrissenheit gezeigt in unserer Gegenwart, in der für linke Utopien zwar im Kopf noch Platz ist, aber kaum im gelebten, sich überschlagenden Alltag.

Die neunköpfige Darsteller_innen Crew hat ihre Spiellaune, ihren comicartigen "Kleinkunst-Punk"-Stil und den subversiven Trash weiterentwickelt. Nach dem Untergrund-Erfolg "Freiheit Satt!", das dreimal auf Tour quer durch die Republik ging, ist erneut ein abendfüllendes, unterhaltsam-bissig-tiefgründiges Programm zu erwarten.

Musikbesetzung: Gesang, Schlagwerk und Geräuschefabrik, Gitarren, Ukulele, Geige, Bass, Posaune, Trompete, Saxophon, Keyboard, Quetsche.

Am 8.4.2007 ab 21 Uhr:

„La Casa Fantom“
und „Sabotage au Supermarché“

„La Casa Fantom“:

Das Schlagzeug-Bass-Duo aus Oslo (das liegt in Norwegen) spielt eine mitreißende Mischung aus brachialem Hardcore und schönen Melodien. Geballer für die Ohren, aber trotzdem sehr sympatisch und schön anzusehen/hören. Weitere Informationen unter www.lacasafantom.com

„Sabotage aus Supermarché“:

Die lokalen Superstars fabrizieren eine symphatische Mischung aus Crust und Punk. Die 5-köpfige Band aus Oldenburg und umzu begeistern mit Stimme, harten Bassklängen und grandioser Bühnenshow. Auf jeden fall zu empfehlen.

Termine April 07:

Di.	3.4.	20:00	Subklub Weltschmerz
Do.	5.4.	23:00	Terz-AG: Elektroparty
Fr.	6.4.	22:00	Reggae Corner - Special Guest: Maracuja Mishiva (HB)
Sa.	7.4.	22:00	Homophilias - Party für Lesben & Schwule
So.	8.4.	21:00	Crush Hour Concerts /crushhour: La Casa Fantom
Fr.	13.4.	22:00	Solidarité-Blankenburg-Party
Sa.	14.4.	22:00	FrauenLesbenDragTrans-Party
Mi.	18.4.	22:00	Ecuador Party
Do.	19.4.	22:00	New Wave against G8-Soliparty
Fr.	20.4.	23:00	Teonanacatl (Psy Trance)
Sa.	21.4.	22:00	Männerfabrik
Mo.	23.4.	21:00	Crush Hour Concerts: Revolte Springen! mit neuem Musical 'Klein Statt Leben'
Fr.	27.4.	22:00	Southafrican Vibes - Hip-Hop, Elektro, Drum`n Bass, Reaggae, Funk - Cocktails, Kicker, Tombola
Sa.	28.4.	22:00	Rosa Disco
Mo.	30.4.	22:00	Frauenparty (nach Demo)
Di.	1.5.	12:00	Autonome 1. Mai Demo (Kaiserstr./Bhf Oldenburg) danach Straßenfest beim Alhambra
Fr.	4.5.	22:00	Sputnikkonzert: La Minor
Sa.	5.5.	22:00	Lesbischwule Mottoparty
Fr.	11.5.	20:00	Rocking May Konzert: Inamanda + Lucky Bastardz + The Headnuts + Royal Rabbit + Commander Cokkring
Sa.	12.5.	22:00	Out of Space (Konzert und Party)
So.	13.5.	21:00	Konzert: No Shame (Finnland)

Wöchentlich: Mo. 18:00 Archiv / 18:00 Crush Hour Concerts / 20:30 Antifa - Cafe // Di. 20:00 Subklub // Do.20:00 Vokü, danach Kneipe / 21:00 Oldenburger Rechtshilfe // Monatlich:1. Mi. 20:00 Frauenlesben Kneipe / 2. Mo. 20:00 Politische Werkstatt / 2. Fr. 20:30 Alhambra-NutzerInnenplenum